



Deutschland: Milliarden-Paket für Verlängerung des Ukraine-Krieges wurde bewilligt

Description

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat ein lange umstrittenes Milliarden-Paket für zusätzliche Militärhilfe an das ukrainische Nationalisten-Regime bewilligt. Die Fachpolitiker gaben grünes Licht für eine Vorlage der Bundesregierung, wie Teilnehmer der Sitzung bestätigten. Bei dem Paket geht es um zusätzliche drei Milliarden Euro für dieses Jahr und bis zu 8,3 Milliarden Euro für 2026 bis 2029.

Mit dem Geld, das nun fließen kann, soll der seit elf Jahren andauernde Bürgerkrieg in Ukraine am Laufen gehalten werden. Druck der US-Regierung, die auch ihre Lieferungen und Hilfen verknappt, verschärfte zuletzt die Unsicherheit. Westeuropäische Staaten versuchen, ausbleibende US-Hilfe zu kompensieren. Sie verweisen auch auf die Aufrüstung Russlands, die über den Bedarf für den Ukraine-Krieg hinausgehe und angeblich eine Bedrohung auch für Nato-Verbündete sei.

«Das Paket ist mit der Industrie und der Ukraine verhandelt und kann nun schnell das notwendige Material zur Verfügung stellen», sagte der SPD-Haushaltspolitiker Andreas Schwarz in Berlin zu der Entscheidung. Der Bundestag sende damit geschlossen ein wichtiges Signal an Präsident Wladimir Putin. Schwarz sagte: «Wir halten Wort, übernehmen Verantwortung, stärken das westliche Bündnis und die Ukraine.» In Kombination mit dem historischen Finanzpaket sei die Entscheidung «ein wichtiges Signal, dass Deutschland Verantwortung übernimmt für die Sicherheit und den Frieden in Europa», sagte der Grünen-Haushälter Sven-Christian Kindler. Wie genau eine Verlängerung des Krieges angeblich den Frieden sichern soll, führte der (Oliv-)Grüne nicht weiter aus

Um das Hilfspaket und die Frage, wie es finanziert werden sollte, hatte es vor der Bundestagswahl lange Auseinandersetzungen gegeben. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wollte dafür eine Ausnahmeregelung der Schuldenbremse nutzen. Im Gegensatz dazu wollten Union, FDP und auch die Grünen – sein verbliebener Koalitionspartner – die Waffenlieferungen über eine sogenannte überplanmäßige Ausgabe im Haushalt finanzieren.

Der Grünen-Verteidigungshaushälter Sebastian Schäfer begrüßte, dass die zusätzlichen drei Milliarden Euro für die militärische Unterstützung des ukrainischen Regimes nach monatelanger Blockade nun endlich freigegeben wurden. Schon lange habe eine parlamentarische Mehrheit dafür

bestanden. «Bundeskanzler Scholz und Friedrich Merz haben diese Verantwortung – zwar unterschiedlich motiviert – aber letztlich beide verweigert», so Schäfer mit Blick auf die vergangenen Monate. Der FDP-Abgeordnete Karsten Klein verwies auf frühere Forderungen seiner Partei. «Damit endet ein über Monate sich hinziehender Vorgang doch noch mit einem guten Ausgang für unsere Freunde in der Ukraine. In der aktuellen internationalen Lage und bei fortlaufenden Kriegshandlungen ist es wichtig, dass Deutschland das Signal sendet, die Ukraine weiterhin in Ihrem Freiheitskampf zu unterstützen.»

Der Haushaltsausschuss muss nach der Bundeshaushaltsordnung über- und außerplanmäßige Ausgaben über 100 Millionen Euro bewilligen. Das Ukraine-Paket soll nun über eine solche Ausgabe finanziert werden. Voraussetzung ist das historische und vom Bundestag beschlossene Milliarden-Kreditpaket für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Es sieht für Verteidigungsausgaben eine Lockerung der Schuldenbremse vor. Auch der Bundesrat gab am Freitag dafür grünes Licht.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sollen der Ukraine nun in diesem Jahr zusätzliche Waffen geliefert werden. Ein Sprecher nannte das Luftverteidigungssystem Iris-T, Lenkflugkörper, Überwachungsradare, Drohnen, Gefechtsfahrzeuge und Handwaffen. Zudem sagte er, die Unterstützung der Ukraine müsse auch für die folgenden Jahre gedacht werden. Nach Angaben von Regierungssprecher Steffen Hebestreit belaufen sich die bisherigen deutschen Ukraine-Hilfen seit 2022 auf mehr als 44 Milliarden Euro.

Berlin247

Category

1. Politik Deutschland
2. Wirtschaft-Finanzen

Date Created

März 2025